Arbeitnehmer in einer deregulierten Weltwirtschaft

Metallgewerkschaftsbund

A 99 - 01672

Arbeitnehmer in einer deregulierten Weltwirtschaft

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

A 99 - 01672

Internationaler Metallgewerkschaftsbund

Einleitung

Diese Broschüre ist eine Zusammenfassung der Podiumsdiskussion, die auf dem IMB-Kongreß in San Francisco als Einführung in die Debatte über das IMB-Aktionsprogramm stattgefunden hat.

Der IMB und seine Mitgliedsverbände haben die Ursachen der Probleme untersucht und analysiert, vor denen Arbeitnehmer in der Metallindustrie aufgrund der raschen Entwicklung der Globalisierung stehen, und sich bemüht, angemessene Reaktionen der Gewerkschaften seit dem Kongreß von 1993 festzustellen.

Diese Diskussionen und Debatten bildeten den Abschluß von über sechs Jahren Vorbereitungsarbeit, und mit der offiziellen Annahme des Tätigkeitsprogramms durch den Kongreß wurden Ziele und Prioritäten für die Zeit bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus festgelegt.

Wir hatten das große Glück, einen erlauchten Kreis von Rednern zu haben: Harley Shaiken und Jeff Faux aus den USA, Rudi Kuda aus Deutschland, Won-Bo-Lee aus der Republik Korea und Nguyuru Lipumba aus Tansania. Jeder trug seine Auffassungen zu den Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung und darüber vor, wie und warum der Prozeß seit langem bestehende Sozialleistungen in den älteren Industrieländern untergräbt, insbesondere in Westeuropa, und Arbeitnehmer in vielen Entwicklungsländern daran hindert, einen angemessenen Lohn zu erhalten.

Es ist klar, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Globalisierung die Machtverhältnisse weiter zugunsten der Arbeitgeber verschoben hat, und das wurde durch die Annahme einer gewerkschaftsfeindlichen Gesetzgebung durch zahlreiche rechtsgerichtete Regierungen noch verschlimmert.

Es muß jedoch erkannt werden, daß das, was die meisten Menschen als "Globalisierung" bezeichnen, das Ergebnis eines bewußten Vorgehens derer ist, die die Interessen des Großkapitals vertreten, darunter willfähriger Regierungen, und nicht irgendein Naturgesetz oder ein unwiderruflicher Prozeß.

Wenn deshalb der Wille vorhanden ist, können wir die Richtung, in der sich die Globalisierung zur Zeit bewegt, ändern. Wir in der Gewerkschaftsbewegung müssen die Verantwortung übernehmen, diesen Kampf anzuführen, denn es ist klar, daß niemand sonst den Willen und die Entschlossenheit dazu besitzt.

Wenn die Regierungen der Industrieländer keine andere Wirtschaftspolitik annehmen, die auf anderen Prioritäten beruht, wird die Obsession der Maximierung kurzfristiger Profite gerade die Märkte zerstören, auf die die großen transnationalen Konzerne, die die wirtschaftliche Globalisierung antreiben, angewiesen sind.

Es ist kein Zufall, daß das Wirtschaftswachstum am größten war, als die Gewerkschaften stark waren. Damals stiegen die Löhne der meisten Arbeitnehmer, und eine starke Verbrauchernachfrage förderte das allgemeine Wirtschaftswachstum. Es war auch in dieser Zeit, daß die von der Depression der dreißiger Jahre und vom Zweiten Weltkrieg heimgesuchten westeuropäischen Länder eine Vielfalt von sozialen Sicherungssystemen schaffen konnten, die Bildung, Gesundheitsversorgung und Sicherheit im Alter für alle Bevölkerungsschichten brachten.

Daß es genug Verbraucher geben muß, die die erzeugten Waren und Dienstleistungen kaufen, scheint den heutigen Kapitalisten and rechtsgerichteten Politikern entgangen zu sein, die es darauf abgesehen haben, die Produktion in Länder mit den geringsten Kosten zu verlagern oder mit einer solchen Maßnahme drohen, um ihre eigenen Arbeitskosten zu senken. Auf diese Weise können sie noch höhere Profite erzielen und so noch höhere Gehälter und Aktienbezugsrechte für sich rechtfertigen. Die Verfolgung dieser Ziele scheint sie blind dafür zu machen, daß diese Politik zu einer Verringerung der allgemeinen Kaufkraft in den Ländern führt, in denen ihre Produkte oder Dienstleistungen verkauft werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, mit dem wir uns befassen müssen, ist die Freiheit, die Finanzspekulanten gegeben wird und die die Fähigkeit vieler Nationalstaaten untergraben hat, ihre eigene Wirtschaftspolitik festzulegen.

Folglich müssen alle Regierungen entschlossene und entscheidende Maßnahmen ergreifen, um die Kontrolle über die transnationalen Konzerne und Finanzspekulanten zu verstärken. Die Gefahr der sozialen Desintegration, zu der es kommt, wenn die demokratisch Gewählten nicht die ihnen übertragene Verantwortung annehmen, wird die Fundamente der Demokratie untergraben.

Viele transnationale Konzerne haben einen Jahresumsatz, der den Haushalt vieler Staaten weit übersteigt, und das Ausmaß ihres Einflusses, das ihre Fähigkeit widerspiegelt, Investitionen und somit Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum in jeden Teil der Welt zu verlagern, ist noch größer. So sind frühere Voraussagen über den von Konzernen beherrschten Staat Wirklichkeit geworden. Diese transnationalen Konzerne fühlen sich keinem Land gegenüber zu Loyalität verpflichtet; ihr einziges Ziel besteht in der Maximierung von Profiten. Die Offenheit der Finanzmärkte der meisten Länder ermöglicht ihnen, die Zahlung von Steuern zu vermeiden und in manchen Fällen Arbeitsschutz- oder Umweltbestimmungen zu umgehen. Das geschieht dadurch, daß sie Tätigkeiten in einige der am wenigsten entwickelten Länder verlagern, deren Regierungen die Gefahren für die Gesundheit ihrer Bürger oder die Schäden für ihre Umwelt zu übersehen bereit sind in der Hoffnung, die für ihr Wirtschaftswachstum erforderlichen Investitionen anzulocken.

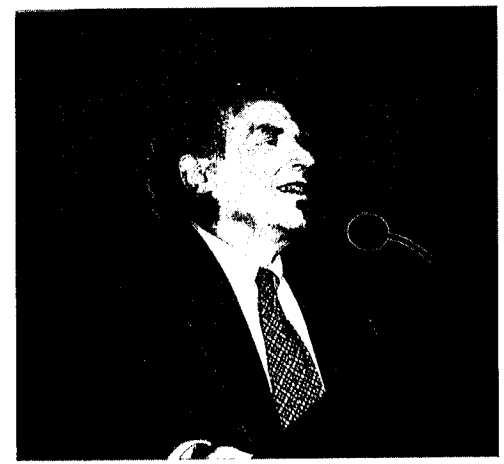
Nachdem wir die Ziele, Methoden und Prioritäten der transnationalen Konzerne und unseren eigenen alternativen Ansatz definiert haben, sind wir selbst daran schuld, wenn wir nicht die notwendigen Schritte tun, um die Richtung zu ändern, in der die Globalisierung jetzt verläuft. Wir werden unsere Ziele jedoch nicht ohne harten Kampf erreichen, denn diejenigen, die in den letzten 20 Jahren davon profitiert haben, werden nicht kampflos aufgeben.

Wir sollten keine Angst davor haben, unsere Sache zu vertreten, denn wir in der Gewerkschaftsbewegung nehmen die moralisch hohe Position ein. Wir sind durch die Unterschiede zwischen Recht und Unrecht motiviert, nicht durch Gewinn oder Verlust, und wir bemühen uns darum, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und nicht persönliche Habgier.

Marcello Malentacchi
IMB-Generalsekretär

Arbeitnehmer in einer deregulierten Weltwirtschaft
- Eine IMB-Podiumsdiskussion -

"Globalisierung ist keine unvermeidliche Naturkraft, sondern ein Produkt menschlicher Entscheidungen und Institutionen und kann von intelligenten, zukunftsorientierten Denkern in Frage gestellt werden", meinte Harley Shaiken zur Eröffnung der Podiumsdiskussion, die auf dem 21. Kongreß des IMB in San Francisco eine Einführung in die Debatte über das IMB-Aktionsprogramm bildete. Er stellte die vier Redner vor: den Leiter des US-Instituts für Wirtschaftspolitik, Jeff Faux; Rudi Kuda von der IG Metall; den stellvertretenden Leiter des koreanischen Instituts für Arbeits- und Gesellschaftsfragen, Won-Bo Lee; und Nguyuru I. Lipumba vom Weltinstitut für Wirtschaftsentwicklungsforschung in Finnland. Bei der Diskussion solle versucht werden, das Konzept einer globalen Wirtschaft besser zu verstehen, und wie dieses genutzt werden könne, um die Interessen und Lebensstandards der Weltbevölkerung zu fördern und die Umwelt zu schützen und zu verbessern.



Harley Shaiken, *Autor and Professor an der Universität von Kalifornien, Fachmann für Fragen der Arbeit, der Technologie und der globalen Produktion und Berater der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik.*

"Der große Unterschied zwischen dem moralisch und wirtschaftlich 'richtigen Weg' und dem potentiell destruktiven 'falschen Weg' ist eine starke und kräftige Gewerkschaftsbewegung", meinte er.

> ***"...Globalisierung ist ein Produkt menschlicher Entscheidungen und Institutionen und kann von intelligenten, zukunftsorientierten Denkern in Frage gestellt werden."***

Wenn der Schwerpunkt auf kurzfristig erzielte Konzerngewinne gelegt werde, würden ja gerade die Märkte vernichtet, die gesunde Wirtschaftssysteme langfristig aufrechterhielten, führte Shaiken aus. Auf globaler Ebene sei das nirgendwo so deutlich wie in der Metallindustrie, wo neue Technologien eine beispiellose Lohnnivellierung mit sich brächten. "Wenn Arbeitnehmer in Niedriglohnländern keine Anhebung ihrer Löhne erreichen können, werden die Löhne in Hochlohnwirtschaften darunter leiden", warnte er. Lohnerhöhungen in einer Region hätten hingegen auch Folgewirkungen für andere Regionen.

Die US-Wirtschaftspolitik sei einer der wichtigsten Exporte Amerikas geworden, sie bringe jedoch echte Gefahren für andere Länder mit sich, wo dieses Modell als die beste aller möglichen Welten dargestellt werde, schloß er.

Das amerikanische Modell; seine wesentlichen Aspekte

Jeff Faux bezeichnete das US-Wirtschaftsmodell als "reines Phantasieprodukt"; dieses könne deshalb nicht als Modell dafür dienen, wie sich andere Marktwirtschaften an den globalen Markt anpassen sollten. Das gelte für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen.

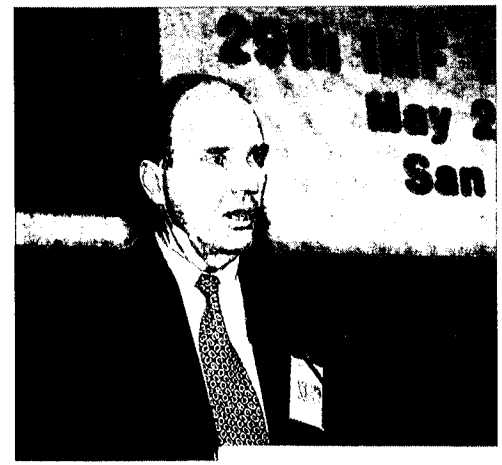
Die wesentlichen Elemente des "amerikanischen Modells" seien die Deregulierung der Märkte; die Verringerung der gewerkschaftlichen Macht durch Taktiken wie die, Streikende dauerhaft durch andere Arbeitnehmer zu ersetzen; die Verringerung und Privatisierung des sozialen Sicherheitsnetzes; die Herabsetzung der Körperschaftssteuern; die Verkleinerung des öffentlichen Dienstes und die Belehrung der Bevölkerung darüber, warum die Reichen zu Recht so wohlhabend sind.

"Wenn ihr das tut, wird es euch gut gehen, und es wird ein größeres Arbeitsplatzwachstum geben", laute die Botschaft des US-Modells.

Diese Botschaft, die von tonangebenden Journalisten, Akademikern und Managern in vielen anderen Ländern und von Unternehmen verbreitet werde, sei so stark, daß sogar manche Gewerkschafter glaubten, sie müsse wahr sein. Zwar würden in den USA rasch Arbeitsplätze geschaffen, und es habe den Anschein, daß das Modell funktioniere, doch gebe es andere Aspekte der amerikanischen Erfahrung, die die Unternehmen uns lieber vorenthalten möchten.

Rasches Arbeitsplatzwachstum in den USA ist nichts Neues

Ein rasches Arbeitsplatzwachstum in den USA sei nichts Neues. Schon in den fünfziger, sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahren seien Arbeitsplätze rascher gewachsen als in Europa. Das habe nichts mit dem amerikanischen Modell zu tun, fuhr Faux fort, sondern einer rascheren Zunahme der Erwerbsbevölkerung wie in Australien und Kanada, und sei eine Folge einer höheren Geburtenrate und stärkeren Immigration.



Jeff Faux, Präsident des US-Instituts für Wirtschaftspoltik

Der Hauptgrund für rascheres Arbeitsplatzwachstum und geringere Arbeitslosigkeit in den USA sei eine liberalere makroökonomische Politik. In den achtziger Jahren habe es in den USA riesige Haushaltsdefizite gegeben, die ein Jahrzehnt des Wachstums gefördert hätten.

In den neunziger Jahren habe die US-Zentralbank trotz einer Verringerung der Haushaltsdefizite eine expansionistische Geldpolitik betrieben. Da es für die USA keine Zwänge gebe wie für die Europäer der Vertrag von Maastricht, hätten die USA eine Politik verfolgen können, die eine allgemeine Nachfrage anregte. Ob die Europäische Währungsunion das angeblich notwendige Opfer eines Verzichts auf Beschäftigungswachstum wert sei, müßten die Europäer entscheiden. Wir sollten jedoch politische Ziele nicht mit wirtschaftlicher Notwendigkeit verwechseln, sagte Faux.

Wege zur Verringerung der Arbeitslosigkeit

Die Unterschiede bei den Arbeitslosenquoten zwischen den Vereinigten Staaten und Europa seien nicht besonders groß, meinte Faux. 1996 habe die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den USA offiziell bei 5,4 Prozent gelegen. In Westdeutschland habe die auf der gleichen Grundlage berechnete Arbeitslosenquote bei 7,2 Prozent gelegen. Wenn jedoch die höhere Zahl der Strafgefangenen in den Vereinigten Staaten berücksichtigt werde, steige die US-Arbeitslosenquote auf 6,4 Prozent. Wenn Länder die Arbeitslosigkeit herabsetzen wollten, "können sie das dadurch tun, daß sie mehr Menschen ins Gefängnis stecken", meinte Faux. Die US-Regierung vermiete Gefangenenarbeit an Großkonzerne, was sie als Weg anpreise, Arbeitskräfte einzustellen, die mit denen Mexikos wettbewerbsfähig seien.

> ***"Ob die Europäische Währungsunion das angeblich notwendige Opfer eines Verzichts auf Beschäftigungswachstum wert ist, müssen die Europäer entscheiden. Wir sollten jedoch politische Ziele nicht mit wirtschaftlicher Notwendigkeit verwechseln."***

Wachstum wird von Verbraucherausgaben angetrieben

Faux wies in seiner Analyse darauf hin, daß das US-Arbeitsplatzwachstum wenig mit Arbeitnehmerflexibilität zu tun habe. Der gegenwärtige US-Arbeitsmarkt sei stärker reguliert als vor fünf Jahren, mit einem höheren Mindestlohn, einem neuen Familien- und Krankenurlaubsprogramm und einem Programm zur Beseitigung von Ausbeuterbetrieben. Außerdem seien Verbraucherkredite leichter erhältlich als je zuvor. Die meisten Amerikaner hätten Kreditkarten. Sie sparten weniger und gäben mehr aus als alle anderen Industrieländer. "Das Wachstum in den USA wird von Verbraucherausgaben angetrieben, was Arbeitsplätze schafft."

> ***"Das US-Modell ist in Wirklichkeit ein System der 'Arbeitsplatzteilung' von Niedriglohntätigkeiten."***

Das soziale Sicherheitsnetz für die ärmsten Amerikaner sei zerrissen worden, doch Arbeitsmarktauswirkungen seien auf Arbeitsmärkte konzentriert gewesen, auf denen es weiterhin ein Überangebot an Arbeitskräften gebe, fuhr er fort. Die Reform der Sozialfürsorge werde Frauen mit Kindern zu Niedriglohntätigkeiten zwingen, bei denen es bereits eine Arbeitslosenquote von 20% gebe.

Alle Nettozunahmen an Arbeitsplätzen in den USA in den letzten fünf Jahren hätten sich im Dienstleistungssektor ergeben, vor allem Kundendienste und Einzelhandel, wo die Beschäftigten weitaus schlechter bezahlt würden als in der Produktion.

Das US-Modell sei in Wirklichkeit ein System der "Arbeitsplatzteilung" von Niedriglohntätigkeiten. Wenn Unternehmen Teilzeitarbeitnehmern keine Kranken- oder Rentenleistungen erbringen müßten, fänden sie Wege, um Arbeitsplätze in kleinere Einheiten aufzuteilen.

Die Statistiken sind irreführend

Jeff Faux kritisierte auch die publizierten Statistiken über das Arbeitsplatzwachstum, die "äußerst irreführend" seien. Die US-Regierung be-

haupte, daß "mehr Amerikaner in Berufe gehen, in denen der Durchschnittslohn höher ist". Das bedeute jedoch nicht, daß die Löhne höher seien. "Wenn zum Beispiel ein Stahlarbeiter, der 18 USD in der Stunde verdient, entlassen wird und einen neuen Arbeitsplatz als stellvertretender Nachtmanager in einer Schnellgerichtekette für 8 USD in der Stunde bekommt, hat sich den publizierten Statistiken zufolge die Situation dieses Arbeitnehmers gebessert, weil er nun dem Management angehört, obwohl er 50 oder mehr Prozent weniger verdient als früher."

"Die Armutsrate für Kinder beträgt in den USA 30%, in Frankreich hingegen 6%. Welches Modell funktioniert für Kinder?"

Vierzig Millionen Amerikaner haben keinen Krankheitsschutz

Vierzig Millionen Amerikaner hätten keinen Krankheitsschutz, fuhr Faux fort, und die Zahl der Rentenempfänger sinke. Der Anteil der Arbeitnehmer, die zu unterhalb der Norm liegenden Arbeitsbedingungen zu arbeiten gezwungen seien, nehme zu. Der größte private Arbeitgeber in den USA sei ein Unternehmen, das Zeitarbeit vermittle.

Wachsende Ungleichheit ist ein Markenzeichen des Systems

Wachsende Ungleichheit der Einkommen, des Wohlstands und als Folge davon der politischen Macht sei ein Markenzeichen des US-Systems. Von 1947 bis 1975 seien die Einkommensunterschiede der oberen 5% der Familien gegenüber den unteren 20% von 14:1 auf 11:1 gefallen, seither jedoch auf 18:1 gestiegen.

Die Durchschnittsgehälter für leitende Angestellte einer bedeutenden US-Firma, die 1974 das 34fache über dem Durchschnittslohn eines Arbeiters gelegen hätten, lägen heute 180mal höher. Noch bedeutender sei die ständige Verlagerung der Einkommen von Arbeit auf das Kapital, was den außerordentlichen Anstieg der Aktienkurse in den letzten Jahren erkläre. Trotz der von der großen Mehrheit der US-

Bevölkerung erbrachten Opfer sei die US-Wirtschaft nicht wettbewerbsfähiger. So habe das Handelsdefizit 1996 Rekordhöhen erreicht.

Die Armutsrate für Kinder betrage in den USA 30 Prozent, in Frankreich hingegen 6 Prozent. Diese Zahlen beantworteten die Frage, welches Modell für Kinder funktioniere.

Das US-Modell hat ernste Mängel

Das Produktivitätswachstum in den USA sei halb so hoch wie das in Westeuropa und Japan. Die USA schüfen Wohlstand nicht im gleichen Tempo wie andere Länder. Das sei der entscheidende Punkt, denn das Argument für das amerikanische Modell laute, wenn Löhne gesenkt würden, wenn Einkommen von der Arbeit auf das Kapital verlagert würden, wenn es Deregulierung und Privatisierung gebe, dann würden die Voraussetzungen für einen Anstieg der Lebensstandards der Bevölkerung allgemein geschaffen, doch nichts sei weiter von der Wahrheit entfernt. "In Amerika warten wir seit zwanzig Jahren darauf, daß sich die Vorteile bemerkbar machen. In Wirklickeit verdient der typische Arbeitnehmer 10% weniger als 1979", sagte Faux.

"Es geht darum, eine politische Erneuerung in allen Ländern herbeizuführen, die auf die Neuorientierung der globalen Wirtschaft mit den besten Aspekten von jeder abzielt..."

In den Ländern, die dem amerikanischen Modell zu folgen versucht hätten, z. B. im Vereinigten Königreich und in Mexiko, sei es zu katastrophalen Ergebnissen gekommen. Das Arbeitsplatzwachstum im Vereinigten Königreich habe in den letzten sechs Jahren unter dem von Frankreich, Westdeutschland und Japan gelegen. Heute gebe es im Vereinigten Königreich eine Million Arbeitsplätze weniger als 1992. In Mexiko habe es in den letzten zehn Jahren einen 40prozentigen Rückgang der Reallöhne und eine Verarmung der Mittelschichten als Folge der Versuche gegeben, dem amerikanischen Modell der Deregulierung der Finanzen, des unkontrollierten Handelsverkehrs, der Pri-

vatisierung von staatlichen Diensten und der globalen Spekulationen zu folgen, und die Schuldenlast sei um 50% gestiegen.

Wenn das US-Modell ernste Mängel aufweise, so sei das keine Entschuldigung für andere Regierungen und die Arbeiterbewegung, nichts zu tun. Verschiedene Probleme seien festgestellt worden, und diese sollten gelöst werden, doch Faux warnte nachdrücklich vor der Vorstellung, daß flexiblere Arbeitsmärkte das Arbeitslosenproblem lösen könnten.

Zusammenfassend meinte Faux:

- Kein einzelnes Land hat ein völlig angemessenes Wirtschaftsmodell. Es muß ein neues Modell geschaffen werden, das die besten Aspekte jedes Landes nutzt.

- Es gibt viel Spielraum für ein nichtinflationäres Wachstum im Dienstleistungsbereich der meisten Industrieländer, und das hat dazu geführt, daß sich die Löhne und Leistungen im Produktionsbereich und in anderen gut bezahlten Arbeitsbereichen verschlechtert haben.

- Der US-Arbeitsmarkt ist flexibler als der anderer Länder, weil Schulen, Unternehmen und sonstige Institutionen in Amerika erfolgsorientiert sind. Amerika ist das Land der zweiten Chance.und der dritten und vierten Chance. Schulen und Unternehmen in den USA sind offener für Menschen, die in jüngeren Jahren Mißerfolge gehabt haben oder gescheitert sind. In den USA ist es leichter für Menschen, mit dreißig, vierzig, fünfzig oder noch mehr Jahren eine neue berufliche Laufbahn oder ein neues Leben zu beginnen.

- Wenn die Flexibilität in den USA überhaupt als Modell dienen kann, dann in bezug auf die Chancen für soziale Mobilität nach oben, nicht in bezug auf die reaktionären Arbeitsgesetze oder die harsche Behandlung der Armen und Arbeitslosen. Die Vorstellung, daß es einen engen Zusammenhang zwischen einer Hochlohnpolitik und hoher Arbeitslosigkeit sowie einer Niedrig-

lohnpolitik und niedriger Arbeitslosigkeit gibt, muß in Frage gestellt werden. Es gibt keine ehernen Wirtschaftsgesetze; das ist nichts als ein weiterer von den transnationalen Konzernen verbreiteter Mythos.

Niedrige Löhne oder hohe Arbeitslosigkeit sind nur scheinbar die einzige Alternative, weil transnationale Konzerne durch ihre Kontrolle über Regierungen die internationale Politik beherrschen.

Die Gewerkschaften bieten eine alternative Vision, daß Globalisierung nur dann funktioniert, wenn sie zur Verbesserung der Einkommen und Lebensstandards aller Arbeitnehmer führt.

- Es geht darum, eine politische Erneuerung in allen Ländern herbeizuführen, die auf die Neuorientierung der globalen Wirtschaft mit den besten Aspekten von jeder abzielt - der makroökonomischen Erfahrung der Vereinigten Staaten; der Sicherheit für Arbeitnehmer in Europa, der Bedeutung der Eigeninvestitionen in Japan. Hinzu kommen noch Arbeitsnormen und Arbeitnehmerrechte für alle internationalen Transaktionen und ein Schuldennachlaß für die Dritte Welt, damit deren Binnenwirtschaft angeregt wird.

> ***"Vor hundert Jahren hatten die Vereinigten Staaten ein Modell, das Vollbeschäftigung für Schwarze schuf. Es hiess Sklaverei."***

Globalisierung sei nur dann ein Erfolg, wenn alle davon profitierten, meinte er.

Das neue amerikanische Modell funktioniert nicht

Faux schloß seine Darlegung mit der Aussage: "Es ist kein Zaubertrick, mehr Arbeitsplätze durch eine drastische Senkung von Löhnen und Lebensstandards zu schaffen. Vor hundert Jahren hatten die Vereinigten Staaten ein Modell, das absolute Vollbeschäftigung für Schwarze schuf. Es hieß Sklaverei."

"Die große Frage lautet, ob Menschen auf diejenigen hören, die eine alternative Wirtschaftsstrategie anbieten; die Wähler im Vereinigten Königreich und in Frankreich haben rechtsgerichtete Regierungen, die das US-Modell eingeführt hatten, abgelehnt, und der führende Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Mexiko-Stadt, das zweitwichtigste Wahlamt im Land, ist ein offener Kritiker des US-Modells."

Zum Schluß meinte Faux, er könne die Zukunft nicht voraussagen, doch eines sei sicher: "Das sogenannte neue amerikanische Modell funktioniert nicht - nicht einmal in Amerika."

Beschäftigungsmodelle; die USA und die EU

Das US-Beschäftigungsmodell und die Entwicklung einer alternativen Struktur waren die beiden Themen von Rudi Kudas Referat.

Beim Vergleich der Beschäftigungspolitik und der Umverteilung zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union gebe es keinen Zweifel daran, daß das Wachstum in den Jahren 1980-1995 in den Vereinigten Staaten sowohl auf kurze Sicht als auch auf lange Sicht höher gewesen sei als in Europa, führte er aus.

In den letzten 15 Jahren sei die Zahl der Erwerbstätigen in der Europäischen Union um 7 Prozent gestiegen, die in den USA hingegen um 26 Prozent, fast viermal so stark.

Real- und Nominallöhne

***Rudi Kuda** (IG Metall, Deutschland), ehemaliger Leiter - 25 Jahre lang - der Abteilung Wirtschaft, heute Leiter der Abteilung für besondere Aufgaben beim Vorstand der IG Metall.*

Die Entwicklung der Reallöhne ergebe sich aus den Vergleichen von nominellen Lohn- und Preissteigerungen. Die Nominallöhne seien in den USA langsamer gestiegen (+103%) als in der EU (+115%), der Anstieg der Verbraucherpreise sei dagegen identisch gewesen (+84%). Dementsprechend seien die Reallöhne in den USA langsamer gestiegen (10%) als in der Europäischen Union (17%).

Die Arbeitseinkommen seien in den Vereinigten Staaten langsamer gestiegen als in der Europäischen Union, und die Arbeitsproduktivität habe in den USA sehr viel langsamer zugenommen (13%) als in Europa (36%). Die Lohnstückkosten seien jedoch in den Staaten deutlich stärker gestiegen als im Durchschnitt in der EU (+89% für die USA und +58% für Europa).

Die Arbeitseinkommen in den USA lägen um 4 % hinter dem Verteilungsspielraum aus Preisen und Produktivität zurück, in der EU hingegen um 24%.

"...Eine Investitionsoffensive von weniger als 1% des BIP könnte 500.000 Arbeitsplätze schaffen..."

Bezüglich der realwirtschaftlichen Ergebnisse untersuchte Kuda das Tempo der Arbeitszeitverkürzung, das Tempo des Produktionsanstiegs und das Tempo des Produktivitätszuwachses.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitszeit sei in den USA seit 1980 fast konstant geblieben, in der EU dagegen um rund 10% verkürzt worden. Die Arbeitszeitverkürzung sei der einzige Grund dafür, daß in Europa bei sinkendem Arbeitsvolumen überhaupt noch steigende Beschäftigungszahlen möglich seien.

Das Wachstumstempo sei in den USA jedoch höher als in Europa. Für den Beschäftigungsvergleich neutralisiere sich der wachstumspolitische Vorsprung der USA und der arbeitspolitische Vorsprung der EU. Der Beschäftigungsvorsprung der USA sei nur mit einem höheren Wachstumstempo zu erklären.

Kuda wies darauf hin, daß das amerikanische Produktivitätsmodell wettbewerbspolitische Nachteile mit sich bringe. Von 1980 bis 1995 habe es in der Bundesrepublik Deutschland in der Außenhandelsbilanz einen Überschuß von über 600 Milliarden Dollar gegeben, während die USA ein Defizit von mehr als 1600 Milliarden Dollar gehabt hätten.

"Eine gemeinsame Beschäftigungsinitiative der G-7-Staaten braucht keine Utopie zu bleiben. Sie wäre konzipierbar durch die Internationalisierung und Ökologisierung von keynesianischen Strategien und finanzierbar durch die Tobinsteuer..."

Von der expansiven Geld- und Finanzpolitik der USA in den neunziger Jahren könne man sicher lernen, ganz sicher nicht von der Reaganschen Restaurationspolitik der achtziger Jahre.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission habe einige Vorgaben gemacht für Investitions- und Finanzierungsreformen: eine alternative Energiepolitik; eine neue Verkehrspolitik; eine aktive Umweltpolitik und eine zukunftsorientierte Technologiepolitik. Hier sei die erste Bresche gegen die europäische Beschäftigungsmisere zu schlagen. Modellrechnungen zeigten, daß eine zukunftsorientierte Investitionsoffensive im Umfang von weniger als 1 Prozent des BIP allein in der Bundesrepublik bis zu 500.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

Verkürzung der Arbeitswoche

Die zweite Komponente sei die Verkürzung der Arbeitszeit. Bei einem Modell des Deutschen Gewerkschaftsbundes würde in Deutschland die Zahl der registrierten Arbeitslosen zusätzlich bis zu 1,5 Millionen sinken. Eigenmodellrechnungen der IG Metall zeigten darüber hinaus, daß eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit um drei Stunden in der Metallindustrie in Deutschland bis zu 325.000 Arbeitsplätze sichern und schaffen könnte.

Zur produktivitätspolitischen Komponente meinte Kuda, Produktivitätssteigerungen sollten nicht durch mehr Arbeitshetze entstehen, sondern durch bessere Arbeitsorganisation und durch demokratische Beteiligung in den Betrieben. Produktivitätsfortschritte müßten auch für tarifpolitische Fortschritte verwendet werden, früher vor allem für die Erhöhung der Einkommen, heute vor allem für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Das alternative europäische Beschäftigungskonzept müsse auf doppelte Weise ergänzt werden, erstens durch ein binnenwirtschaftliches Engagement. Eine wettbewerbspolitische Vorreiterrolle erfordere auch eine gesellschaftspolitische Vorbildfunktion. Wirtschafts- und tarifpolitische Reformvorgaben in Ländern mit Ausfuhrüberschüssen müßten helfen, den Handlungsspielraum in Ländern mit Einfuhrüberschüssen zu erweitern. Das erleichtere den gemeinsamen Kampf gegen Beschäftigungsdefizite.

Hinzukommen müsse ferner die weltwirtschaftliche Koordinierung. Eine gemeinsame Beschäftigungsinitiative etwa der G-7-Staaten brauche keine Utopie zu bleiben. Sie wäre konzipierbar durch die Internationalisierung und Ökologisierung von keynesianischen Strategien und finanzierbar durch die Tobinsteuer. Der Erweiterung der währungspolitischen Kooperation und der Begrenzung von handelspolitischen Konflikten müsse jetzt zum Durchbruch verholfen werden. Dabei müßten Vorleistungen der alten Industrieländer - Öffnung der Märkte und Transfer von Kapital - Gegenleistungen der neuen Industrieländer auf dem Feld der Umwelt- und Sozialklauseln ermöglichen.

Das Engagement für ein soziales Beschäftigungskonzept in Europa könne der Debatte um ein solidarisches Wirtschaftskonzept für die Welt wieder Auftrieb geben. Dazu hätten Gewerkschaften in der globalisierten Welt eine Menge beizutragen. Man müsse jedoch weniger über das diskutieren, was nicht möglich sei, und sich mehr für das engagieren, was möglich sei, was nicht zuletzt auch von der Bereitschaft der Gewerkschaften zur gesellschaftlichen Kooperation und von ihrer Fähigkeit zum sozialen Konflikt abhänge.

Globalisierung - Fragen und Antworten

Nach diesen beiden Beiträgen ergriffen viele Delegierte das Wort, um den Vortragenden Fragen zu stellen und über ihre eigenen Erfahrungen in ihren jeweiligen Ländern zu berichten.

Jeff Faux meinte, er und Rudi Kuda seien bei sehr vielen Punkten einer Meinung. Zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit und zur Arbeitsplatzteilung sagte er, das sei eine gute Idee als soziale Maßnahme und zur Schaffung von mehr Freizeit für Arbeitnehmer, es sei jedoch kein wirksames Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen. In den USA bedeute Arbeitsplatzteilung in Wirklichkeit die Aufteilung von Niedriglohntätigkeiten in immer kleinere Einheiten; deshalb seien starke Gewerkschaften erforderlich, um Arbeitnehmer vor der Herabstufung auf Teilzeitarbeitsplätze zu schützen.

"Es gibt aufeinander abgestimmte Versuche, Arbeitnehmer ihrer Rechte zu berauben..."

Bezüglich des Konzepts der Arbeitsplatzreorganisation meinte er, selbst wo gute Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital bestünden, würden Bemühungen um eine Reorganisation des Arbeitsplatzes zum Zweck höherer Produktivität und mehr Arbeitnehmerbeteiligung vom Finanzsektor abgelehnt, der eher an der Maximierung kurzfristiger Gewinne interessiert sei.

Die Arbeitsreorganisation erfordere Investitionen in Menschen in bezug auf Ausbildung usw., und die Finanzmärkte seien daran nicht interessiert.

Faux stimmte auch Kudas Auffassung zu, daß eine gemeinsame Initiative der G-7-Staaten für rascheres Wachstum keine Utopie sei,

sondern daß auf diesem Weg eine globale Koordination erreicht werden könne. Es gehe darum, die erforderliche politische Arbeit an der Basis zu leisten.

José Rodriguez (Argentinien), Vorsitzender des IMB-Unterausschusses für wirtschaftliche Globalisierung, berichtete über einige Beobachtungen, die der Ausschuß bei seinen bisherigen Treffen gemacht habe. Die wirtschaftliche Globalisierung sei nicht plötzlich über uns gekommen, sondern ergebe sich aus einem Zusammenkommen von Entwicklungen. Es gebe aufeinander abgestimmte Versuche, Arbeitnehmer ihrer Rechte zu berauben und sie zu zwingen, miteinander zu konkurrieren. Das sei es, was alle Länder, auch fortgeschrittene Industrieländer, miteinander verbinde.

Darüber hinaus bleibe die Kluft zwischen Nord und Süd bestehen und vergrößere sich noch trotz der Bemühungen der Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren, diese Kluft zu überwinden. Einer der Gründe dafür sei der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades.

Der Unterausschuß habe eine eingehende Analyse der Veränderungen im Gewerkschaftswesen vorgenommen, um sich mit der Frage der Globalisierung zu befassen. Es scheine eine Art "wilden Kapitalismus" zu geben, und man müsse fragen, was der Sinn des Kapitals sei und was getan werden könne, um zu verhindern, daß ein ungezügeltes kapitalistisches System entstehe. Es gebe eine Ausbeutung von Arbeitnehmern, vor allem in Asien, aber auch in Ländern, in denen Gewerkschaften sehr stark seien.

"Die Stabilität der Wechselkurse sollte ein international vorrangiges Ziel werden..."

Auch wenn multinationale Unternehmen im Herkunftsland gute Beziehungen zu den Gewerkschaften hätten - Volkswagen zum Beispiel -, ändere sich ihre gesamte Politik nach Überschreiten der eigenen Grenzen, so daß in anderen Ländern, in denen sie tätig seien, sehr schlechte Beziehungen zu den Gewerkschaften bestünden. Deshalb müsse der Kampf um Arbeitnehmerrechte vor Ort geführt werden.

Katsutoshi Suzuki (Japan) verwies auf den Trend zur Globalisierung in Japan und fragte, was die Gewerkschaften bezüglich der Organisierung tun könnten.

Unberechenbare Wechselkursschwankungen, die ungeheure Auswirkungen auf die Metallindustrie in Japan gehabt hätten, seien eine weitere wichtige Frage. Von 1993 bis 1995 sei der Wert des Yen um über 40 Prozent gestiegen. Darüber hinaus seien eine große Zahl von Produktionstätigkeiten in der Metallindustrie nach Südostasien und in die Volksrepublik China verlagert worden. Von direkten Auslandsinvestitionen seien rund 50 Prozent in andere asiatische Länder gegangen. Deshalb sei die Arbeitslosigkeit von 2 auf über 3 Prozent gestiegen, und mit einem Rückgang sei in nächster Zukunft nicht zu rechnen. Die Stabilität von Wechselkursen sollte ein international vorrangiges Ziel werden, denn Wechselkursschwankungen hätten bedeutende Auswirkungen auf die Fähigkeit einzelner Länder, ihre Wirtschaftspolitik selbst zu bestimmen.

Ein positiver Aspekt der Globalisierung sei, daß viele multinationale Konzerne in Entwicklungsländer investierten, was zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Technologietransfer in diese Länder führe. In Japan hingegen sei der Produktionssektor in den Jahren 1993 bis 1996 um 1,1 Millionen Arbeitsplätze reduziert worden. Allein in der Elektroindustrie sei die Zahl der von japanischen Unternehmen im Ausland beschäftigten Personen auf 1,3 Millionen gestiegen. Deshalb benötigten die japanischen Arbeitnehmer Schutz durch Gewerkschaften, wenn diese Industrien verlagert würden.

"...Leiharbeit ist nur eine andere Form der Ausgliederung".

Suzuki schlug zwei Ansätze zum Schutz derer vor, die vom Transfer der Produktion ins Ausland betroffen seien. Es müßten ständig neue Produkte entwickelt werden und/oder eine Diversifizierung in neue Wirtschaftsbereiche stattfinden. Der Eintritt in das Recycling-Geschäft zum Beispiel würde Arbeitsplätze für entlassene Metallarbeiter schaffen, die bereits durch Tarifabkommen erfaßt seien.

In der Informations- und Kommunikationsindustrie seien in den letzten fünf Jahren 750.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Leider beschränke sich ein Großteil dieser neuen Beschäftigungen auf Teilzeit- und Kurzzeitarbeit. Auch diese Arbeitnehmer hätten Anspruch auf Schutz, und deshalb müßten Bemühungen um eine Organisierung dieser Kategorien von Arbeitnehmern unverzüglich beginnen.

P. Arunasalam (Malaysia) bat die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion, zur immer größer werdenden Kategorie von Leiharbeitern in den Vereinigten Staaten Stellung zu nehmen.

Jeff Faux erwiderte, die Leiharbeit sei lediglich eine andere Form der Ausgliederung. Der größte Privatarbeitgeber in den Vereinigten Staaten sei eine Firma, die Beschäftigte temporär "vermiete". Das sei eine wachsende Industrie. Wenn Unternehmen erlaubt werde, Personen auf Teilzeit- oder temporärer Basis zu beschäftigen und ihnen Sozialleistungen wie Krankenversicherung und sonstige Formen der wirtschaftlichen Sicherheit vorzuenthalten, gebe es für sie keinen Anreiz, diese Praxis zu ändern. Faux meinte, diese Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, wenigstens anteilmäßig alle Kranken, Renten- und sonstigen Leistungen für Teilzeitbeschäftigte bereitzustellen.

Luc Desnoyers (Kanada) meinte, für Kanada bedeute das US-Modell Armut. Regierungen und Unternehmen versuchten Systeme einzurichten, die dem amerikanischen Modell sehr ähnlich seien, jedoch bei den Arbeitnehmern für sehr viel Ungewißheit sorgten. Wichtig sei, daß die Glaubwürdigkeit von Gewerkschaften verbessert werde. Dazu müßten Gewerkschaften Strukturen schaffen, um die Menschen darüber zu unterrichten, wie das System funktioniere, und die Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen.

In Quebec werde ein neues Wirtschaftsmodell mit der Bezeichnung "Sozialmodell" geschaffen, bei dem Arbeitnehmer dazu ermutigt würden, Arbeit als Dienst an der Öffentlichkeit zu leisten. Das habe zur Herabsetzung des Lohnniveaus geführt. Arbeiter müßten auch Arbeiten übernehmen, die früher von im Betrieb angestellten Personen geleistet worden seien, jetzt jedoch ausgegliedert würden. Zur Förderung der internationalen Solidarität seien Erziehungs- und Ausbildungsprogramme erforderlich, damit dagegen angegangen werden könne.

"Wichtig ist, daß die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften verbessert wird."

Klaus Mehrens (Deutschland) bat die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion, zu ihren Meinungsunterschieden in der Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung zu nehmen. Jeff Faux habe gesagt, aus seiner Sicht sei die Arbeitszeitverkürzung richtig, aber eher aus sozialen Gründen, jedoch weniger oder gar nicht aus beschäftigungspolitischen Gründen. Rudi Kuda habe hingegen die Arbeitszeitverkürzung als einen der zentralen Schwerpunkte in seiner Alternativstrategie bezeichnet.

Zweitens meinte er in bezug auf die Beschäftigungsausweitung im Dienstleistungssektor, daß das US-Modell zum erheblichen Teil aus konsumentenorientierten Dienstleistungen bestehe, die schlecht bezahlt würden. Jeff Faux habe erwähnt, daß Versuche gemacht worden seien, diese Dienstleistungen zu subventionieren. Er fragte beide Redner, ob eine solche Subventionierung ein Bestandteil einer Beschäftigungsstrategie sein könnte.

Kuda meinte, neben Investitions- und Innovationsstrategien könnte die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch neue Produkte in Feldern nicht nur der normalen kapitalistischen Entwicklungsdynamik, sondern auch einer neuen Beschäftigungslogik neben der Innovationsstrategie, der Schaffung neuer Arbeit, der gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung das zweite Standbein sein.

"Es gibt Übergangsprozesse aus schrumpfenden Branchen in zukunftsorientierte Bereiche..."

Zum zweiten Punkt sagte Kuda, er sei kein Freund von subventionierten konsumorientierten Dienstleistungsbereichen. Der Dienstleistungsanteil in Westdeutschland liege bereits knapp über 70 Prozent; außerdem seien subventionierte Dienstleistungsbereiche, die Einrichtung von dauerhaften Niedriglohnbereichen, objektiv mit der Gefahr verbunden, daß Lohndruck auch auf den industriellen Sektor ausgeübt werde.

Gleichzeitig meinte Kuda, daß es instrumentelle Ansatzpunkte gebe, was in Deutschland unter dem Stichwort "neue strukturpolitische Initiativen" diskutiert werde. Gemeint sei die Organisation von Übergangsprozessen aus schrumpfenden Branchen in zukunftsorientierte Bereiche mit institutionellen Ansätzen wie betriebliche Beschäftigungspläne, örtliche Beschäftigungsgesellschaften, regionale Entwicklungsgesellschaften. Inhaltliche Ansatzpunkte wie Qualifizierung, Erwerb von fachlichen und sozialen Qualifikationen für die Zukunft, Diversifizierung, Erprobung und Einübung der Umstellung auf neue Produktfelder und Demokratisierung seien exemplarische Vorwegnahmen von neuen zukunftsweisenden Beteiligungsmöglichkeiten. Auf diesem Feld seien die Möglichkeiten zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen auch im Dienstleistungssektor zu wenig ausgeschöpft.

Faux erläuterte, daß seine Mangel an Begeisterung für die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Situation in den USA bedingt sei. In einem Klima der Lohnstagnation, zunehmender Überstunden und Schwierigkeiten der Arbeitnehmer, ihre Rechnungen zu bezahlen, sei es sehr schwierig, amerikanische Arbeitnehmer von der Teilung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Kürzung der Löhne zu überzeugen. Das Ergebnis wäre, daß Arbeitsplätze in kleine Einheiten aufgeteilt würden und niemand genug verdiene, um eine Familie zu ernähren.

Wenn andererseits starke Gewerkschaften mit genügend politischem Gewicht eine Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich erreichen könnten, wären die Arbeitnehmer dieser Idee gegenüber aufgeschlossener.

Zur Subventionierung von Arbeitsplätzen mit geringer Produktivität meinte Faux, daß alle Industrieländer vor diesem Dilemma stünden. Sie wüßten, wie Produktivität im Industrie-, im Bausektor usw. erhöht werden könne, doch im Dienstleistungssektor sei die Produktivität traditionell gering gewesen.

Dem könne u.a. durch die Bereitstellung von Diensten durch den öffentlichen Sektor begegnet werden, das heißt ein Sozialprogramm, das Dienstleistungen des öffentlichen Sektors unterstreiche, und durch die Verstärkung der Macht der organisierten Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor.

"In den nächsten zehn Jahren werden praktisch alle neuen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten aus dem im unteren Lohnbereich liegenden Dienstleistungssektor kommen. Ein Weg zur Besserstellung dieses Sektors ist es, die Arbeitnehmer zu organisieren, ein stärkeres Teilen der Produktivität zu erreichen und Arbeit bewußt teurer zu machen, um Arbeitgeber zu zwingen, Produktivität durch Technologie oder Arbeitsreorganisation zu steigern, statt Löhne herabzusetzen." Der Vorteil einer solchen Strategie sei, daß es im Dienstleistungssektor im Gegensatz zum Sektor handelsfähige Güter sehr wenig globalen Wettbewerb gebe.

J.C. Rennwald (Schweiz) schloß sich der Auffassung von Präsident Zwickel an, daß Globalisierung vor allem eine ideologische Waffe sei, mit der Arbeitgeber ihren Bedarf rechtfertigten. Das sei nicht die Hauptursache unserer Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten entstünden im wesentlichen aufgrund fehlenden oder ungenügenden Wachstums, während Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds die Globalisierung als Vorwand nutzten, um das Versagen ihrer Politik zu bemänteln.

Neuere Studien hätten gezeigt, daß westliche Volkswirtschaften früher sehr viel offener gewesen seien als heute. In den letzten fünf Jahren hätten zum Beispiel Exporte aus der Schweiz in Niedriglohnregionen wie Osteuropa und Südostasien stark zugenommen, während in Frankreich drei Millionen Menschen arbeitslos seien.

"...Globalisierung ist vor allem eine ideologische Waffe, mit der Arbeitgeber ihren Bedarf rechtfertigen."

Rennwald bat die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion um Stellungnahmen zu diesen Phänomenen. Er stellte auch die Frage, ob es nicht besser sei, eine Politik zu verfolgen, die sowohl auf Wachstum als auch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit abziele, denn die aktuelle Wachstumspolitik sei nicht mehr ausreichend, um Beschäftigung zu gewährleisten.

"...Unternehmen in den USA drohen Gewerkschaften und Arbeitnehmern häufig damit, ihre Tätigkeiten in Niedriglohnländer zu verlagern..."

Faux erwiderte, er halte die Globalisierung sowohl für eine Realität als auch für einen Mythos. Das "Wettrennen nach unten" sei eine echte Gefahr, und in Statistiken komme das Ausmaß des von der Globalisierung angerichteten Schadens nicht immer zum Ausdruck. So drohten Unternehmen in den USA Gewerkschaften und Arbeitnehmern häufig damit, ihre Tätigkeiten in Niedriglohnländer zu verlagern, wenn diese keine Kürzungen der Löhne, der Leistungen im Krankheitsfalle usw. akzeptierten. Diese Drohungen tauchten in den Statistiken nicht auf, deshalb sei die Auswirkung der Globalisierung weitaus größer, als Statistiken zu entnehmen sei.

Bezüglich Rennwalds zweiter Bemerkung stimmte Faux damit überein, daß eine globale Wachstumspolitik unbedingt notwendig sei, so wie in jeder Binnenwirtschaft.

Kuda stimmte damit überein, daß der Mißbrauch der Globalisierung als ideologische Waffe eine zunehmende politische Rolle spiele. Deutschen Arbeitnehmern werde von ihren Arbeitgebern damit gedroht,

Arbeitsplätze in Niedriglohnländer zu verlagern. Tatsache aber sei, daß die deutsche Industrie, auch die Metallindustrie, hohe Exportüberschüsse in mittel- und osteuropäische Länder und nach Südostasien ausweise und in der Außenhandelsbilanz der Metallwirtschaft insgesamt. Die Exportüberschüsse seien von gut 100 Milliarden DM 1990 auf fast 160 Milliarden im Jahre 1996 gestiegen. Das bedeute, daß die Metallindustrie in Deutschland keineswegs Arbeitsplätze exportiere, sondern Arbeitslose exportiere, was die Stabilität auf der Welt durchaus gefährden könne.

Der Mißbrauch der Globalisierung als ideologische Waffe sei eine Realität und erfordere verstärktes Engagement für internationale Zusammenarbeit, und zwar auf der Ebene der Regierungen und vor allem auch auf der Ebene der Gewerkschaften.

Arbeitnehmer streiken für Arbeitsrechtsreform

Won-Bo Lee sprach darüber, wie die Gewerkschaften in den Schwellenländern auf die Globalisierung und ihre Herausforderungen reagierten. Mehrere asiatische Länder betrachteten Korea als Modell der wirtschaftlichen Entwicklung.

Koreanische Arbeitnehmer seien am 26. Dezember 1996 in einen zweimonatigen Generalstreik getreten. Dieser sei einer von mehreren seltenen Generalstreiks und der erste politische Kampf von Arbeitnehmern in der 100jährigen Geschichte der Republik Korea gewesen. Insgesamt fünf Millionen Arbeitnehmer seien daran beteiligt gewesen, darunter Stahl- und Metallarbeitnehmer. Sie hätten die Unterstützung und Solidarität nicht nur der internationalen Gewerkschaften, sondern auch der ganzen koreanischen Bevölkerung erhalten. Der Streik habe bewirkt, daß sich die Regierung gezwungen gesehen habe, den Forderungen der Arbeitnehmer nach einer Reform des Arbeitsrechts nachzugeben. Zum ersten Mal in der Geschichte habe sich der Präsident des Landes bei der Bevölkerung öffentlich entschuldigt.

Won-Bo Lee, stellvertretender Vorsitzender des koreanischen Instituts für Arbeits- und Gesellschaftsfragen.

Bei diesem Kampf gehe es nicht nur um eine Revision des Arbeitsrechts. In vielerlei Hinsicht sei er Ausdruck des Zorns der Arbeitnehmer, der nach der Unterdrückung durch den Staat und durch kapitalistische Gruppierungen explodiert sei, die von ihnen viele Jahre lang einseitig Konzessionen verlangt hätten.

Die Globalisierungsstrategie Koreas in Form intensiver Angriffe auf Arbeitnehmer bedeute, daß diese Opfer bringen müßten, damit die Gewinne der Monopolkapitalisten erhöht würden. Der Generalstreik sei eine Antwort auf den Neoliberalismus gewesen, der heute in Korea und in der Welt vorherrsche.

Unzureichende Investitionen in die Technologie

Koreas Globalisierungsstrategie nehme eine Vielzahl von Formen an und werde durch die Zusammenarbeit von Regierung und Kapitalisten durchgeführt. Die oberste Strategie des Globalisierungsprozesses sei Lohnkontrolle. Die koreanische Wirtschaft habe eine Rezession erlebt, und Konzerne und Regierung machten hohe Lohnkosten, Grundstückspreise und logistische Kosten in Verbindung mit geringer Produktivität für Koreas Handelsdefizit und geringes Wirtschaftswachstum verantwortlich.

Auch Koreas Unfähigkeit, effizient in der globalen Wirtschaft zu konkurrieren, werde hohen Löhnen angelastet, doch in Wirklichkeit seien koreanische Löhne nicht so hoch. Darüber hinaus erhielten koreanische Arbeitnehmer keine angemessenen Sozialversicherungsleistungen, deshalb seien Arbeitnehmer auf ihre Löhne angewiesen, um Versicherungs- und Rentenbedarf zu decken. Die Lohne seien in Korea zwar seit 1988 rasch gestiegen, doch die Reallöhne betrügen nur ein Drittel bis die Hälfte der in anderen OECD-Ländern.

> ***"...zum ersten Mal in der Geschichte hat sich der Präsident bei der Bevölkerung öffentlich entschuldigt."***

Einer der wichtigsten Gründe für die geringe Effizienz sei, daß die Konzerne nicht in neue Technologien investiert hätten und ihr Kapital dort ausgegeben werde, wo die Direktoren leichtes Geld machen könnten. Sie wollten zu den berüchtigten sechziger Jahren zurückkehren, als Konzerne aufgrund niedriger Löhne und langer Arbeitszeiten große Gewinne anhäufen konnten.

Die Konzerne und die Regierung gingen gegen Arbeitnehmer auch durch das Konzept der "neuen Managementstrategie" vor. Dabei gehe es darum, japanische Produktionsmethoden einzuführen, was eine Verringerung der Belegschaft, den Ersatz von Vollzeitarbeitnehmern durch temporäre, irreguläre und Teilzeitarbeitnehmer und die Reorganisation von Arbeitsstätten zum Zwecke einer verstärkten Kontrolle der Arbeitgeber über Arbeitnehmer mit sich bringe. Lohnstufen auf der Grundlage der Betriebszugehörigkeitsdauer seien durch Lohnstufen auf der Grundlage von Akkordarbeit ersetzt worden, wobei Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt würden.

> ***"...Reallöhne betragen nur ein Drittel bis die Hälfte der in anderen OECD-Ländern."***

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Gesetze zur Schwächung der Gewerkschaften

Konzerne hätten Gesetze entworfen, die darauf abzielten, die Gewerkschaften durch die Einführung von drei neuen Systemen zu schwächen: des Systems der (vorübergehenden) Entlassung, des Systems der flexiblen Arbeitszeiten und des Systems der Vertragsarbeit - alles im Namen der Globalisierung und der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Wegen der Beschäftigung von Teilzeitarbeitnehmern und der erzwungenen Kündigung etlicher älterer Arbeitnehmer hätten über 170.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Die Arbeitslosigkeit in Korea sei von 2 Prozent auf 3,6 Prozent gestiegen, wobei insgesamt 700.000 Menschen ohne Arbeit seien.

Tarifverhandlungen würden pratisch zwecklos, und Gewerkschaften seien nicht in der Lage, Arbeitnehmer vor Entlassungen zu schützen, und erst recht nicht, sie zu organisieren und zu befähigen, bessere Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen zu erreichen. Die Regierung werde von den kapitalistischen Konzernen überzeugt, daß eine freie Hand bei Einstellungen und Entlassungen der einzige Weg sei, um Korea seine Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten zu sichern.

> ***"Die Haltung der Regierung scheint so habgierig zu sein wie die der Konzerne"***

Die Haltung der Regierung scheine von Anfang bis Ende so habgierig zu sein wie die der Konzerne. Sie gebe den Forderungen der Kapitalisten nach. Selbst nach dem Sieg der Arbeitnehmer am Ende des Generalstreiks seien noch Lohnrichtlinien - einschließlich Lohnstopps - auferlegt worden. Arbeitnehmer, die gegen diese Politik protestierten, seien hart kritisiert worden. Doch dank der starken Unterstützung der Gewerkschaften und des Einsatzes der Medien für die Aufdeckung dieser unfairen Praktiken habe die Unterstützung der Öffentlichkeit zugenommen, und die Arbeitnehmer seien in der Lage gewesen, effektiv zurückzuschlagen und erfolgreich gegen die Politik des Lohnstopps vorzugehen.

Privatisierung und Deregulierung

Eine weitere Politik, die die Regierung und die Kapitalisten beim Bemühen um Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eingeführt hätten, sei die der Privatisierung und Deregulierung. Von 58 öffentlichen Unternehmen seien 18 privatisiert worden. Die Privatisierung komme jedoch nur einigen Großkonzernen zugute, die die Telekommunikationsindustrie in Korea monopolisierten. Zwar hätten die öffentlichen Unternehmen innovative Managementstrategien verfolgt, doch seien diese vor allem dazu bestimmt, die Gewerkschaften zu schwächen.

> ***"...Arbeitnehmer werden für das Wirtschaftswachstums geopfert."***

Schließlich habe die Regierung als eines der größten "Geschenke" den Unternehmen das Instrument der Flexibilität der Beschäftigung in die Hände gegeben, was die Tarifverhandlungsstärke weiter schwäche. Unter dem Vorwand der Verbesserung der Lebensqualität für Arbeitnehmer seien Arbeitsgesetze pauschal revidiert worden, wodurch in vielen Jahren hart erkämpfte Errungenschaften der Gewerkschaften zerstört worden seien. Kurz nach Weihnachten 1996 habe die Regierungspartei in nur sieben Minuten die gesamte Gesetzgebung verabschiedet, die von den Kapitalisten vorgeschlagen und gefordert worden sei. Der einzige Zweck dieser neuen Gesetze sei es, die freie Entwicklung von Gewerkschaften zu verhindern. Dazu gehöre eine Bestimmung "keine Arbeit, kein Geld", was bedeute, daß Streikende während eines Konfliktes nicht bezahlt würden; das Verbot von Lohnzahlungen an hauptamtliche Gewerkschaftsbeauftragte; der Rückgriff auf Ersatzbeschäftigte; und die Verweigerung des Rechtes auf Organisierung von Beamten und Lehrkräften.

Globalisierung zur Gewinnmaximierung

Dieses Phänomen komme in Asien häufig vor, da in manchen Ländern nicht einmal die Grundrechte der Arbeitnehmer garantiert würden. Selbst in den Ländern, in denen diese Rechte theoretisch garantiert

würden, hätten sie wenig Substanz. Die Führungskräfte in diesen Ländern verträten die Auffassung, daß Arbeitnehmer um des Wirtschaftswachstums willen geopfert werden müßten. Andere Länder, die Zugang zu diesen Ländern hätten, übten Macht aus, die weit über den einheimischen gesetzlichen Rahmen hinausgehe.

Für die Schwellenländer einschließlich Korea sei die Globalisierung ein Mittel, um Gewinne für die Kapitalisten zu maximieren. In Korea sei die Globalisierung, die durch Deregulierung gekennzeichnet sei, nichts weiter als ein Mittel, um noch stärkere Kontrolle über die Arbeitnehmer zu gewinnen. Die Grundstrategie sei die alte Idee des "Teile und herrsche".

"...wir müssen in der globalen Wirtschaft überleben können, aber wir müssen den Versuchungen widerstehen, die die Kapitalisten fördern."

Ziele der Arbeitnehmer

Um dem entgegenzuwirken, hätten sich die koreanischen Arbeitnehmer die folgenden Ziele gesetzt:

- die Erreichung der Einheit der Arbeiterklasse durch die Umgestaltung des Betriebsgewerkschaftssystems in ein System von Industriegewerkschaften;
- die Entwicklung von mehr politischer Macht und mehr politischem Einfluß innerhalb der Gewerkschaften. In Korea gebe es keine politischen Parteien, welche die Arbeitnehmer verträten. Arbeitnehmer wollten eine neue politische Partei gründen, die allein die Interessen der Arbeitnehmer vertrete;
- die Gewerkschaftsbewegung müsse wirtschaftliche und politische Kämpfe miteinander verbinden;
- die beiden Gewerkschaftsbünde KCTU und FKTU müßten vereint werden.

Won-Bo Lee faßte seine Gedanken über die Globalisierung wie folgt zusammen: "Wir müssen in der globalen Wirtschaft überleben können, aber wir müssen den Versuchungen widerstehen, die die Kapitalisten fördern."

Die fortschrittlichen Tätigkeiten der Gewerkschaften

Nguyuru I. Lipumba begann seine Ausführungen mit den Worten: "Die asiatischen und afrikanischen Länder verdanken ihre formale politische Unabhängigkeit weitgehend den fortschrittlichen Tätigkeiten der Gewerkschaften."

***Nguyuru I. Lipumba** aus Tansania, ein Senior Research Fellow am Weltinstitut für Entwicklungswirtschaftsforschung in Finnland.*

Im goldenen Zeitalter des wirtschaftlichen Fortschritts von 1950 bis 1973 hätten die demokratischen Regierungen der westlichen Welt, unterstützt und beeinflußt von Gewerkschaften, zur internationalen Solidarität und menschlichen Verständigung über Kontinente hinweg beigetragen, was zum raschen Wachstum der Weltwirtschaft und zu stärkerer sozialer Gerechtigkeit geführt habe.

Dieses Forum solle das zunehmende "demokratische Defizit" der Industrieländer erörtern, wo selbst scheinbar progressive Regierungen in ihrem eigenen Land Ausgaben für die Armen kürzten und den Reichen Steuervorteile gewährten. Auslandshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder werde drastisch verringert, was damit begründet werde, daß die frühere Unterstützung "nicht effektiv genutzt" worden

sei. Sie sei aber doch genutzt worden, um die Infrastruktur und menschliche Ressourcen zu entwickeln.

Die Dominanz des Kapitals und der Hochfinanz

Die zunehmende Dominanz des Kapitals und der Hochfinanz und ihre rasche Mobilität hätten die Gegenkraft von Gewerkschaften verringert, die zur Bewahrung einer gedeihenden Demokratie in westlichen Ländern notwendig sei. Der beispiellose Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa und der Einkommensungleichheit in den Vereinigten Staaten bedrohten die demokratischen Wurzeln dieser Gesellschaften.

Diese zwei Faktoren seien von vorrangiger Bedeutung, denn das wirtschaftliche und politische Klima in den Industrieländern wirke sich immer auch auf die unentwickelten Länder aus. So wie das erfolgreiche Ergebnis der Kämpfe von Gewerkschaften um wirtschaftliche Errungenschaften für Arbeitnehmer in jedem Land auch den Entwicklungsländern zugute komme, so hätten auch eine unfaire Wirtschaftspolitik und eine geschwächte Arbeiterbewegung Einfluß auf sie.

> ***"...Der beispiellose Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa und der Einkommensungleichheit in den Vereinigten Staaten bedroht die demokratischen Wurzeln dieser Gesellschaften."***

Da wir uns nun dem nächsten Jahrtausend näherten, werde die Globalisierung das vorherrschende Thema der internationalen Wirtschaftspolitik werden, gekennzeichnet durch stärkere Formen der globalen Wirtschaftsintegration, die nicht auf den Handel beschränkt sei, sondern, was noch wichtiger sei, sich auch auf Technologie, Finanzen, Informationsaustausch und die Bildung von strategischen Bündnissen von Konzernen weltweit erstrecke. Das Management von Ressourcen habe sich von Regierungen und anderen öffentlichen Institutionen auf globale Marktakteure verlagert.

1992 seien die Währungen von Großbritannien, Italien, Schweden und Finnland aufgrund des Wirkens dieser globalen Marktakteure aus dem Europäischen Währungssystem verdrängt worden. An einem Tag jenes Jahres, dem "schwarzen Mittwoch", habe die Bank von England über 5 Milliarden US-Dollar verloren - mehr als die Außenhandelsschuld der meisten afrikanischen Länder betrage -, und George Soros habe an einem einzigen Tag durch Spekulationen auf dem Devisenmarkt eine Milliarde Dollar verdient. Wenn schon das Vereinigte Königreich gegen globale Marktakteure nicht ankomme und nicht verhindern könne, daß das Pfund aus dem Europäischen Währungssystem geworfen werde, wie könnten dann kleine Länder wie Thailand und Tansania auf dem globalen Markt bestehen? Die Notwendigkeit einer globalen Wirtschaftslenkung sei offensichtlich, um einen "Kasinokapitalismus" zu verhindern.

> ***"Die Notwendigkeit einer globalen Wirtschaftslenkung ist offensichtlich, um einen 'Kasinokapitalismus' zu verhindern."***

Afrikanische Länder werden marginalisiert

Die Globalisierung von Kapitalströmen sei kein weltweites Phänomen, fuhr Lipumba fort. Sie gehe von einer kleinen Zahl von Industrieländern und multinationalen Konzernen aus. 1994 hätten nur 12 Länder 77 Prozent der gesamten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern getätigt. Die Folge davon sei, daß viele Länder, vor allem in Afrika südlich der Sahara, marginalisiert würden. Diese Länder benötigten offizielle Unterstützung, die ebenfalls abnehme. Das zusammen mit dem Rückgang ihres Anteils am Weltmarkt habe eine verheerende Auswirkung auf afrikanische Länder, die sozusagen von den internationalen Finanzinstituten umworben würden, dem sogenannten "Washington-Konsens" von Freihandel, offenen Märkten, konservativen Währungspolitiken und garantierten Rechten auf Privateigentum zuzustimmen.

Strukturanpassungspolitik verursacht Leid

Die vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank auferlegte Strukturanpassungspolitik enthalte keine kohärente, langfristige Entwicklungsstrategie für den Aufbau der Infrastruktur, die Entwicklung der Humanressourcen oder die Verbesserung der Produktionskapazitäten zur Erhöhung der Produktivität und Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.

> ***"...12 Länder haben 77% der gesamten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern."***

Seit Mitte der achtziger Jahre habe die Beschäftigung im formalen Sektor in Handel und Industrie in afrikanischen Ländern unter der Durchführung dieser Strukturanpassungsprogramme gelitten. Weniger als 10 Prozent der Arbeitnehmer seien im formalen Sektor beschäftigt. Das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens sei zurückgegangen. 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung lebten in vielen Ländern unterhalb der Armutsgrenze.

Steigende Zinssätze und Bankgewinne

Zinssätze lägen in Kenia real bei über 20 Prozent und in Sambia sogar über 30 Prozent. Bankgewinne stiegen steil an, während kommerzielle Investitionen und neue Beschäftigung oder die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert würden.

Finanzsektor in wenigen Banken beherrscht

In den Ländern südlich der Sahara werde jetzt ein Konzept einer unabhängigen Zentralbank gefördert. Aufgrund dieser Politik gebe es keine Koordination zwischen Steuerpolitik und Währungspolitik. Da die Strukturen ihrer Volkswirtschaften sehr schwach seien, beherrschten nur drei oder vier Banken den Finanzsektor. Das führe zu hohen Zinssätzen und geheimen Absprachen. Ferner erweise sich der Auslandsschuldendienst als Bedrohung für die Haushaltslage afrikanischer Länder. Ausgaben für Sozialprogramme würden gekürzt, um diese

Schulden zu bedienen, was für die Regierungen zu einer Priorität werde.

Für afrikanische Länder bestehe die vorrangige Aufgabe darin, daß sie die Kontrolle über ihre Wirtschaftspolitik wiedergewinnen und einheimischen Akteuren erlaubt werde, ihre Wirtschaftspolitik selbst festzulegen und durchzuführen.

Viele afrikanische Regierungen hätten vor der Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds kapituliert. Ohne die Kontrolle über die Entwicklungspolitik und die inländischen Kräfte hinter dieser Politik sei ein Prozeß der nachhaltigen Entwicklung nicht möglich. Afrikanische Länder benötigten Zugang zu Märkten und eine stärkere Beteiligung an der globalen Wirtschaft. Das sei jedoch nur durch eine Politik möglich, die im Inland Unterstützung finde.

> ***"...40 bis 50% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze."***

Gewerkschaften hätten bei diesem Prozeß eine wichtige und doppelte Rolle zu spielen, nicht nur durch die Organisierung von Arbeitnehmern, sondern durch eine Zusammenlegung ihrer Kräfte mit progressiven Intellektuellen in den afrikanischen Ländern. Gemeinsam sollten sie Programme und Politiken ausarbeiten, die die Probleme der Armut und der Marginalisierung Afrikas angehen könnten.

Globalisierung: neue Aufgaben für den Internationalen Metallgewerkschaftsbund

Nach den Ausführungen Lipumbas ergriffen viele Delegierte das Wort, um die Situation in ihren eigenen Ländern darzulegen, Fragen zu stellen oder neue Wege zu internationaler Solidaritätsaktion vorzuschlagen. Bei den meisten Stellungnahmen ging es um die Situation in der Dritten Welt.

Rui Cossa (Mosambik) meinte, Arbeitnehmer im südlichen Afrika seien von den von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds auferlegten Strukturanpassungsprogrammen sehr hart getroffen worden. Ein solches 1987 in Mosambik begonnenes Programm habe zu höherer Arbeitslosigkeit, einem Verlust öffentlicher Hilfe und Unterstützung und dies wiederum zu einem Verlust der Kaufkraft für die Arbeitnehmer geführt.

Ein Jahr zuvor hätten die Regierung und die Arbeitgeber eine Vereinbarung getroffen, die erhebliche Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer vorsah; ein Vertreter des Internationalen Währungsfonds habe jedoch gesagt, das sei völlig ausgeschlossen, obwohl er einräumte, daß die mosambikische Wirtschaft um 5 Prozent gewachsen sei.

Cossa fragte, ob ein anderes Modell für die Länder der Dritten Welt zur Verfügung stehe, das an die Stelle des Strukturanpassungsprogramms treten könnte und gegenüber Arbeitnehmern im südlichen Afrika fairer sei.

Lipumba erwiderte, daß es natürlich Alternativen zu Strukturanpassungspolitiken gebe. Im Rahmen der Haushaltspolitik und der Steuerpolitik sei die Begrenzung der Haushaltsdefizite Teil einer alternativen

Wirtschaftspolitik. Bei der Durchführung eines solchen Plans sei jedoch wichtig, welche Gesamtpolitik verfolgt werde und welche Prioritäten bei den staatlichen Ausgaben gesetzt würden.

Zur Zeit seien diese Prioritäten vor allem der Auslandsschuldendienst. Aufgrund des Scheiterns der früheren Politik ihrer Länder müßten die meisten Regierungen nicht nur Auslandsschulden, sondern wegen der sehr hohen Zinssätze auch Inlandsschulden bedienen. Diese Prioritäten bei den Ausgaben sollten in langfristige Investitionen in die Infrastruktur und Humanressourcen umgewandelt werden.

Für etliche afrikanische Länder komme die Liberalisierung der Finanzmärkte nicht in Frage. Sie seien zu dünn gesät, und die meisten Hersteller hätten keinen Zugang zu Krediten. Deshalb sei ein besseres Verständnis der historischen Entwicklung der Wirtschaft eines jeden Landes erforderlich. Das Hauptproblem bestehe heute darin, daß in den verschiedenen afrikanischen Ländern spezifische wirtschaftliche Maßnahmen ohne Rücksicht auf ihre jeweiligen Bedürfnisse durchgeführt worden seien.

Michail Tarassenko (Rußland), der einer Delegation von russischen Beobachtern angehörte, die 3 Millionen Arbeitnehmer im Metallsektor vertraten, stimmte mit der Beschreibung dessen überein, wie sich die Globalisierung auf Länder in verschiedenen Teilen der Welt ausgewirkt habe. Er fügte eine andere Dimension des Themas der Globalisierung vom Standpunkt Rußlands aus hinzu, wo die Wirtschaft den tiefsten Stand erreicht habe. Industriegewerkschaften stünden vor der Aufgabe, Arbeitsplätze zu erhalten und zur industriellen Entwicklung beizutragen.

> ***"Inflationsraten sind nicht aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung gesunken, sondern aufgrund des Mangels an Kaufkraft."***

Ein weiteres Problem sei die Privatisierung. 95 Unternehmen seien privatisiert worden, doch nicht die Arbeitnehmer seien zu Aktionären gemacht worden, sondern die großen Finanzhäuser. Reformen hätten die alten Managementtechniken zerstört, doch gebe es keine Garantien, daß neue

Ideen eingebracht würden. Die Inflationsrate sei gesunken, jedoch nicht aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern aufgrund des Mangels an Kaufkraft.

Im März dieses Jahres hätten 20 Millionen Mitglieder verschiedener Gewerkschaften gegen die Politik der Arbeitgeber und der Regierung protestiert. Es sei das erstemal, daß Gewerkschafter von verschiedenen politischen Ausrichtungen ihre Aktionen für ein gemeinsames Ziel koordiniert hätten. Sie hätten unlängst auch eine Kampagne für eine 36-Stunden-Woche und bessere Leistungen für Arbeitnehmer in die Wege geleitet.

Gewerkschafter in Rußland täten alles Erdenkliche in einem verzweifelten Versuch, ihren Einfluß mit dem Ziel einer Verbesserung der Wirtschaft und deren Aufwärts- statt Abwärtsentwicklung zu verstärken. Sie seien vom Beispiel des IMB inspiriert worden.

Bruce Ghartley (Ghana) wies darauf hin, daß die Globalisierung nichts Schattenhaftes, kein Reißbrettprojekt mehr sei, sondern eine Tatsache, die sich bald in der ganzen Welt ausbreiten werde.

Da die Unternehmen mit Unterstützung der Regierungen Strategien zur Maximierung ihrer Profite durchführten, müßten Arbeitnehmer durch Ausbildungsworkshops und -seminare Gegenstrategien entwickeln, um ihre Lebensstandards, Arbeitsbedingungen und Löhne zu verbessern.

Wenn das Management schon für einen Acht-Stunden-Tag keine anständigen Löhne zahlen wolle, dann ließe es sich wohl kaum überzeugen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen. Vielmehr sollten neue Unternehmen geschaffen werden, um die zusätzlichen Arbeitskräfte aufzunehmen, oder es sollten Zwei- oder Dreistundenschichten eingeführt werden, um den Arbeitslosen etwas Arbeit zu geben.

Zum Streik in Korea meinte Ghartey, er habe sich gewundert zu hören, daß Streikende durch andere Arbeitskräfte ersetzt worden seien. In Ghana achteten Arbeitnehmer Streikposten, denn sie

wüßten, daß diese eine der wirksamsten und wichtigsten Waffen der Gewerkschaften seien.

Oswaldo Morales (Peru) beschrieb die Arbeitsbedingungen in der Bergbauindustrie in Peru. "Arbeitnehmer werden gezwungen, alles, was sie haben, an das Unternehmen zu verkaufen." Die Gewerkschaften hätten zahlreiche Diskussionen über die Organisierung eines Streiks geführt, doch sobald Streikposten gebildet worden seien, seien die ersten dieser Streikposten von der Regierung verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden. Die übrigen seien an die Arbeit zurückgegangen. Diese Taktiken würden nicht nur in Peru, sondern auch in vielen diktatorisch regierten Ländern verfolgt, nicht nur im Produktionssektor, sondern auch im Dienstleistungssektor. Die Unternehmen nutzten Streiks zu ihrem Vorteil aus und ersetzten und wechselten ständig die Belegschaft - nach dem Prinzip "Teile und herrsche".

Das IMB-Aktionsprogramm müsse zwangsläufig sehr aggressiv sein, damit jedes Land den besten Weg finden könne, um Globalisierungsstrategien auf der Grundlage seiner jeweiligen Umstände und Wirtschaftsmodelle durchzuführen. Die multinationalen Konzerne kämen nach Peru, um Vorteile für sich zu gewinnen, und ließen mehr Armut und Hunger zurück, als es zuvor gegeben habe.

Guiba Della Bella Navarro (Brasilien) unterstrich, daß alle regionalen Handels- und Wirtschaftsintegrationsabkommen, z.B. die die Europäische Union, NAFTA und MERCOSUR, eine gemeinsame Eigenschaft hätten, nämlich die Tendenz zur Aushöhlung erworbener Rechte (sowohl der gesetzlich garantierten als auch der durch Tarifverhandlungen erworbenen). Das führe zur Deregulierung und gefährde Arbeitsplätze.

Es komme zu immer mehr Gelegenheitsarbeit, was eine große Auswirkung auf die Gewerkschaftsbewegung habe. Die sozialen Aspekte der Globalisierung müßten in Betracht gezogen werden. Die Öffnung der Märkte müsse diszipliniert erfolgen. Es könne nicht hingenommen werden, daß sich diese in den Entwicklungsländern auf ungezügelte Weise entwickelten.

"...Die Öffnung der Märkte muß diszipliniert erfolgen. Es kann nicht hingenommen werden, daß diese sich in den Entwicklungsländern auf ungezügelte Weise entwickeln."

Navarro meinte, es sei ein Aktionsplan erforderlich, um gegen Arbeitslosigkeit und Gelegenheitsarbeit und für Tarifverträge zu kämpfen. "Immer mehr Industriearbeiter werden in den Dienstleistungssektor gedrängt." In Brasilien zum Beispiel habe die Zahl der Arbeitsplätze im "informalen" Dienstleistungssektor, wo Menschen Waren auf den Straßen verkauften, um 15.000 zugenommen.

Peter Tighe (Australien) sprach über den Trend zum Individualismus, eine der Schlüsselfragen beim Kampf gegen die Globalisierung. Der Individualismus untergrabe die kollektive Natur der Gewerkschaften und anderer Sozialstrukturen weltweit. Er werde als Werkzeug benutzt, um den staatlichen Sektor abzubauen, die allgemeine Gesundheitsversorgung abzuschaffen und Arbeitsgesetze zu schwächen - alle diese Grundsätze würden im Namen des Individualismus angegriffen.

Es sei an den Gewerkschaften, diese Denkweise zu ändern, denn diese sei die Hauptursache für den Rückgang der Gewerkschaftsmitgliederzahlen weltweit. Man müsse die Menschen davon überzeugen, daß kollektives Vorgehen in ihrem besten Interesse sei. "Die Geschichte hat das immer wieder bewiesen bis zurück zu den Anfängen der Menschheit, als Stämme sich zu ihrem Schutz zusammentaten", sagte er. Diese Tatsachen sollten genutzt werden, um die vom kapitalistischen Modell verbreitete Propaganda zu bekämpfen, daß Globalisierung für den einzelnen das beste sei.

Tighe bekräftigte, was der AFL-CIO-Vorsitzende John Sweeney zuvor gesagt habe, nämlich daß durch ein Zusammengehen der Gewerkschaften mit Bildungs- und Umwelt-, religiösen und anderen gesellschaftlichen Gruppen und durch eine Wiederbelebung der Organisierungsarbeit unter Einschluß junger und alter Menschen stärkerer Einfluß auf die Politik gewonnen werden könne. Von dieser Position

aus könne dann auf die Regierungen Druck ausgeübt werden, sich vom US-Globalisierungsmodell zu lösen.

K. S. Chellapan (Indien) meinte, aufgrund seiner Erfahrungen in einem Entwicklungsland lasse sich Globalisierung sehr prägnant als "private Konzerngier, unterstützt von konservativen Regierungen zum Preis öffentlichen Elends" definieren.

In Indien, Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka lebten insgesamt fast eine Milliarde Menschen - ein Fünftel der gesamten Weltbevölkerung. Die Prioritäten dieser Region Asiens seien völlig anders als die der westlichen und europäischen Volkswirtschaften. Sie seien wesentlich fundamentaler: die Beseitigung von Hunger, Unterernährung, Arbeitslosigkeit und Armut sowie die Einführung von Ausbildung und Gesundheitsversorgung. Neue Technologie, die infolge der Globalisierung in diese Region gebracht werde, erreiche diese Ziele nicht.

"...Private Konzerngier, unterstützt von konservativen Regierungen zum Preis öffentlichen Elends."

Er habe der Beschreibung des koreanischen Modells mit großem Interesse zugehört. Die Auswirkung der Globalisierung dort sei klar - Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeitnehmerschaft. Das sei nicht seine Vorstellung von Erfolg.

Als in den Entwicklungsländern Strukturanpassungsprogramme eingeführt worden seien, hätten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds als erstes die Abwertung der Währungen erzwungen und verschiedene Bedingungen gestellt, ohne daß dies von den jeweiligen Regierungen in Frage gestellt worden sei.

Wenn eine Währung abgewertet werde, würden die Importe teurer; Exporte erforderten neue Technologie und würden überall stark besteuert. Wenn Importe billiger gemacht würden, zerstöre das die einheimische Industrie. "Die Globalisierung exportiert deshalb in die Entwicklungsländer nur mehr Elend."

> ***"Die Prioritäten dieser Region Asiens sind völlig anders als die der westlichen und europäischen Volkswirtschaften - die Beseitigung von Hunger, Unterernährung, Arbeitslosigkeit und Armut sowie die Einführung von Ausbildung und Gesundheitsversorgung."***

Das Problem in den Gewerkschaften in den Entwicklungsländern sei Uneinheit, oder sie versuchten, sich an politische Parteien zu binden. So seien sie nicht in der Lage, ein gutes öffentliches Image zu schaffen.

Chellappan meinte, die Gewerkschaften sollten sich modernisieren, sich mit den Problemen befassen und Prioritäten annehmen, die für sie von Belang seien: Arbeitslosigkeit, die Organisierung der Nichtorganisierten und die Entwicklung der internationalen Solidarität.

Wegweiser für die Zukunft

Harley Shaiken faßte zum Schluß einige der wichtigsten Punkte zusammen. Won-Bo Lee habe einen entscheidenden Punkt herausgestellt, als er meinte: "Wir müssen in einer globalen Wirtschaft überleben." Jeff Faux habe auf eine andere wichtige Dimension hingewiesen: lernen, wie man in einer Wirtschaft überleben könne, in welcher die "Globalisierung sowohl ein Mythos als auch eine Realität ist". Es sei eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften, diese Mythen zu zerpflücken und sich mit der Art und Weise zu befassen, wie die Realität uns wahrhaft auf diesen "richtigen Weg" führen könne.

> ***"Es ist Habgier, die sich als Globalisierung verkleidet..."***

Arbeitnehmer und die dem IMB angeschlossenen Gewerkschaften stellten ein außerordentliches Produktivpotential dar. "Der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg eines jeden Landes einzeln - und sicherlich global - besteht darin, zu gewährleisten, daß diese Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, ihre Gemeinschaften, ihre Familien und ihre Länder an den Früchten der Globalisierung teilhaben können." Historisch sei es die Gewerkschaftsbewegung gewesen, die die

Beziehung zwischen der steigenden Produktivität und höheren Löhnen hergestellt habe.

Wie Jeff Faux bei der Beschreibung des US-Modells gesagt habe, sei die beste Zeit in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten die Zeit gewesen, als die Gewerkschaften am stärksten gewesen seien, weil Lohnniveaus erreicht worden seien, die es Arbeitnehmern ermöglicht hätten, die Erzeugnisse ihrer Arbeit auch zu kaufen und zu genießen. Heute sei dieses Konzept starken Angriffen ausgesetzt, was Kapitalisten der übrigen Welt "verkaufen" wollten. Das sei keine Globalisierung, sondern eine Pervertierung der Globalisierung. "Es ist Habgier, die sich als Globalisierung verkleidet", sagte Shaiken.

> ***"...Die Einkommenspolarisierung - (in den USA) - höhlt nicht nur die Demokratie im eigenen Land aus, sondern schadet auch der Demokratie und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt."***

Rudi Kuda habe auf die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit nach dem westdeutschen Modell als eine der wichtigsten Waffen in einem Arsenal hingewiesein, das dazu benutzt werden könne, um zu gewährleisten, daß die Globalisierung erwerbstätigen Menschen und ihren Gemeinschaften zugute komme. Das sei eine wichtige Dimension in bezug auf eine größere Anzahl von Strategien, die nicht nur in Westeuropa, sondern auch in anderen Ländern durchgeführt werden könnten.

Nguyuru Lipumbas Darlegung habe uns daran erinnert, "daß die Unterminierung von Gewerkschaften die Unterminierung der Demokratie selbst bedeutet". Globalisierung stelle nicht nur einen wirtschaftlichen Druck dar, sondern einen Druck gegen die Fundamente der demokratischen Institutionen. Die Einkommenspolarisierung in einem sehr mächtigen Land wie den Vereinigten Staaten höhle nicht nur die Demokratie im eigenen Land aus, sondern schade auch der Demokratie und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt.

Ein gemeinsames Thema habe alle vier Darlegungen und die Stellungnahmen der Delegierten durchzogen, nämlich die Wechselbeziehungen, die unser aller Leben in der heutigen Welt prägten. Getrennte Lösungen für Gewerkschaften und erwerbstätige Menschen seien kaum möglich in einer Welt, die wirtschaftlich stärker integriert sei. "Solidarität ist die wahre Brücke zu einem 21. Jahrhundert, in dem Gerechtigkeit sichtbar ist, in dem erwerbstätige Menschen das zu teilen beginnen, was sie herstellen, und in dem die Demokratie gestärkt wird", schloß er.

INTERNATIONALER METALLGEWERKSCHAFTSBUND
54bis, route des Acacias - CH-1227 Genf, Schweiz

Präsident: Klaus ZWICKEL
Generalsekretär: Marcello MALENTACCHI

Doc. 97/11. Imprimé en Suisse.